

Gewerbesteuer zahlt nur jedes sechste Unternehmen

MdL Frank Kuschel: „Auch die Wirtschaft muss das Gemeinwesen mitfinanzieren“

Die Kritik der Industrie- und Handelskammer (IHK Erfurt) an einer vermeintlich zunehmenden Belastung der örtlichen Wirtschaft durch Steuererhöhungen des Landes und der Kommunen, hat Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, zurückgewiesen.

Es dürfe nicht pauschalisiert werden, so der Abgeordnete, denn durch Steuererhöhungen seien die örtlichen Unternehmen in ganz unterschiedlichem Umfang betroffen. „Klar muss sein, dass sich auch die Wirtschaft in einem angemessenen Umfang an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen muss“, betonte Frank Kuschel. Doch gerade hier habe es in den vergangenen Jahren erhebliche Entlastungen zugunsten der Wirtschaft gegeben.

Dies werde auch durch die Zahlen im aktuellen Landeshaushalt deutlich. Über 80 Prozent der Landessteuereinnahmen sind reine Verbrauchs- und Lohnsteuern, erläuterte der Abgeordnete, nur rund zehn Prozent der Lan-

dessteuereinnahmen sind dagegen Steuern der Unternehmen.

Durch Steuerrechtsänderungen wurden Einzelunternehmer bei der Gewerbesteuer erheblich entlastet. Bis zu einem Hebesatz von 400 Prozent können sie ihre Gewerbesteuer vollständig verrechnen, so dass hier überhaupt keine zusätzliche Steuerbelastung entsteht“, sagte Frank Kuschel. Selbst in den Thüringer Städten mit den höchsten Steuersätzen liege die Gewerbesteuerbelastung immer noch unter dem Niveau des Jahres 2007.

Grunderwerbssteuer gemessen an Bau- und Grundstückskosten nicht dominierend

Ach die Kapitalgesellschaften seien deutlich bei der Gewerbesteuer entlastet worden. „Der Gewerbesteuersatz wurde um ein Drittel gesenkt, ebenso die Körperschaftssteuer. In der Summe zahlen die Kapitalgesellschaften nicht einmal die Hälfte an Steuern wie vor zehn Jahren.“

In Thüringen zahle im Übrigen ohnehin nur jedes sechste Unternehmen Gewerbesteuer. Frank Kuschel forder-

te die IHK auf, diese Fakten bei ihrer Kritik stärker zu beachten. Dies gelte auch für die Kritik an der Erhöhung der Grunderwerbssteuer. Thüringen bekomme erhebliche Mittel aus dem Länderfinanzausgleich. Von den Geberländern komme die Erwartung, dass das Land seine Einnahmemöglichkeiten ausschöpfe.

Gemessen an den Bau- und übrigen Grundstückskosten sei die Grunderwerbssteuer nicht dominierend. Bei Einzelunternehmen und Kapitalgesellschaften sei sie als Betriebsausgabe steuerlich absetzbar, soweit es sich um Grundstücke als Betriebsvermögen handelt. Bei Unternehmensverkäufen und Teilverkäufen werde überhaupt keine Grunderwerbssteuer fällig.

Die IHK solle also nicht länger pauschal dramatisieren, sondern den konstruktiven Dialog mit dem Land und den Kommunen fortsetzen, so der Kommunalexperte der Linksfraktion weiter. Dabei müsse auch beachtet werden, dass aus den öffentlichen Haushalten in Thüringen letztlich über eine Milliarde Euro direkt oder indirekt an die örtliche Wirtschaft zurückfließe.

Jahrestagung des dbb wies auf deutliche Schwachstellen hin

Auf Einladung des Thüringer Beamtenbundes hatte Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, an der Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion (dbb) in Köln teilgenommen, die unter dem Motto „Alarmzeichen für die Demokratie – Politik kontra Bürger?“ stand.

„Als Vertreter der Politik wurden mir natürlich viele Fragen zu dem ‘Projekt rot-rot-grüne Landesregierung’ gestellt, die ich alle sehr gern beantwortete. Die Frage, ob das denn überhaupt funktioniere, brachte mich zum Schmunzeln und ich entgegnete, ob denn etwas anderes behauptet würde, schließlich regieren wir gemeinsam schon seit über einem Jahr ohne große Negativ-Vorkommnisse“, gab Rainer Kräuter Einblick in seine Gespräche am Rande der Tagung. Zu den Diskussionen auf der Bühne sagte er: „Der Bundesinnenminister Thomas de Maizière lobte sich ein wenig zu sehr für seine Politik. Da blieb auch wenig Zeit und Raum für kritische Stimmen. Ich hätte mir auch etwas mehr Mut seitens des dbb gewünscht, wenn es um kontroverse Debatten geht. Denn leider kamen alle Redebeiträge (de Maizière, Klöckner und Bosbach) von der CDU.“

Anlässlich der Tagung hatte der dbb die neueste Ausgabe der Informationsbroschüre „Zahlen – Daten – Fakten“ veröffentlicht mit einem Überblick über die wichtigsten Eckdaten des öffentlichen Dienstes. „Die Zahlen sind eine Bruchlandung für das Projekt

„schlanker Staat“. Egal, wo man hinschaut, ohne Engagement im Ehrenamt wäre die Funktionsfähigkeit des Staates nicht mehr gewährleistet“, sagte der Landtagsabgeordnete.

So wurden bei Bund, Ländern und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1991 und 2014 fast 940.000 Stellen abgebaut. Nur noch 7,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gibt die Bundesrepublik für Arbeitnehmerentgelte aus. Im EU-Vergleich sind nur Tschechien, mit 7,4 Prozent, und die Slowakei, mit 7,1 Prozent, noch sparsamer. Bezogen auf den Euro-Raum sogar allein die Slowakei. Andere große EU-Volkswirtschaften, wie Frankreich (13,2 Prozent) und Großbritannien (10,9 Prozent), geben im Verhältnis deutlich mehr für Stellen im öffentlichen Dienst aus.

Die drastische Sparpolitik schlägt sich auch in der Altersstruktur des öffentlichen Dienstes in Deutschland nieder: 57 Prozent der Beschäftigten sind mittlerweile über 45 Jahre, 26 Prozent sogar über 55 Jahre. Allein bei den Bundesbeamten ist beispielsweise der Anteil der 45- bis 54-Jährigen innerhalb der letzten Jahre deutlich gestiegen, von 22,1 Prozent (2000) auf 36,5 Prozent (2014). „Diese Zahlen machen deutlich, dass die Anforderungen, auch an die älteren Beschäftigten im öffentlichen Dienst rapide wachsen sind und weiter wachsen werden. Die Folgen sind dramatisch, wenn ich mir die Krankheitsquote im öffentlichen Dienst anschau. Gewerkschaftsverbände quer durch Thüringen brin-

gen mir gegenüber ihre Sorge zum Ausdruck, dass diese Entwicklung durch die Politik nicht gesehen wird und umgekehrt werden muss, wenn der Satz der Kanzlerin ‚Wir schaffen das‘ gelten soll“, meinte der Thüringer Landtagsabgeordnete und ergänzte: „Auf den öffentlichen Dienst kommen große Herausforderungen zu: Der demografische Wandel, die Energiewende, die Digitalisierung und ganz aktuell die gestiegene Zahl der Flüchtlinge.“

Dazu fordert der dbb: „Um das zu schaffen, brauchen wir eine funktionsfähige öffentliche Verwaltung.“ Dem schloss sich Rainer Kräuter vorbehaltlos an. Er dankte dem Thüringer Beamtenbund sowie dem dbb für die Einladung und Ausgestaltung der Veranstaltung recht herzlich.

Nebenbei NOTIERT

von **Stefan Wogawa**

CDU opponiert gegen sich selbst

Bei den Vorwahlen der US-Republikaner wird der Immobilien-Tycoon und (mutmaßlich) berühmteste Falschhaarträger der Welt Donald Trump vom rechtskonservativen Dummchen Sarah Palin unterstützt (jetzt fehlt nur noch Homer Simpson). Hierzulande sehen die Institute die rechte AfD im Umfragehoch, verorten sie bei bundesweit zehn Prozent. Das Phänomen AfD lässt sich so beschreiben: eine Partei, die vor allem und jedem Angst und auf nichts eine Antwort hat. Anschaulich illustriert das ein beim Kurznachrichtendienst Twitter kolportiertes Statement eines AfD-Kandidaten in Gießen: „Sie können nicht erwarten, dass wir im Vorfeld erklären, was wir nach der Wahl machen wollen.“ Trotzdem (oder gerade deshalb?) lässt sich die CDU auch in Thüringen davon beeindruckt und versucht, auf die populistische Überholspur zu kommen. Und opponiert dabei kräftig gegen sich selbst.

Hinsichtlich der Flüchtlingspolitik der CDU-Bundeskanzlerin passiert das ja im Tagestakt. Hysterie ist nötig, um überhaupt noch wahrgenommen zu werden. Manfred Grund, Vorsitzender der Thüringer CDU-Landesgruppe im Bundestag und Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, behauptet etwa, Merkels Politik untergrabe „die demokratische Legitimation“ des Staates.

Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Tischner, lamentierte jüngst, die rot-rot-grüne Landesregierung fahre das Schulsystem „auf Verschleiß“. Das ist dreist, denn als Regierungspartei von 1990 bis 2014 hat die CDU das Bildungssystem kaputt gekürzt. Nicht zuletzt aktuelle Einlassungen des CDU-Innenpolitikers Wolfgang Fiedler zeigen: die Union muss aufpassen, dass sie nicht zum billigen Juniorpartner von AfD-Propaganda wird.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.